

Working Group XI

Working Document 23

Working Group XI “Social Europe”

Subject: **Comments on paragraphs 4 to 7 of the Mandate
by Mr Joachim Wuermeling**

Members of Working Group XI on “Social Europe” will find hereafter a paper by
Mr Joachim Wuermeling, alternate member of the Convention.

Beitrag MdEP Dr. Wuermeling zur Beantwortung der Fragen 4, 5, 7 des Mandates der AG „Soziales“

4. Welche Rolle kann die offene Koordinierungsmethode spielen und welchen Platz hätte sie im Verfassungsvertrag?

Die sogenannte „Offene Koordinierung“ kann ein sinnvolles Instrument in Bereichen sein, in denen die EU über Rechtssetzungskompetenzen verfügt. Sie darf aber nicht zu einer „Ersatzgesetzgebung“ außerhalb der EU-Kompetenzen werden. Diese Tendenz besteht derzeit: Durch Zielvorgaben, Überwachung und Bewertung im Rahmen der sogenannten „Methode der offenen Koordinierung“ übernimmt die EU politische Gestaltungsmacht auch in Bereichen, in denen sie nicht zuständig ist.

In dieser Form ist die Methode der offenen Koordinierung nicht sinnvoll, denn sie

- ist demokratisch bedenklich: Für die Debatte und Entscheidung sozialpolitischer Fragen sind die nationalen Parlamente demokratisch legitimiert. Die EU kann hier nur handeln, soweit ihr vertraglich Zuständigkeiten eingeräumt wurden.
- konterkariert die Bemühungen um eine bessere Kompetenzabgrenzung zwischen EU und Mitgliedstaaten.
- schwächt notwendigen Wettbewerb der Mitgliedstaaten um die beste Politik durch zentrale Vorgaben.
- ist bürokratisch, denn sie schafft ein komplexes System, das kaum noch ein Politikfeld offen lässt und weder von der Öffentlichkeit noch von den politischen Entscheidungsträgern immer voll zu durchschauen ist.

Regelrechte europäische Vorgaben oder Leitlinien insbesondere quantitativer Zielvorgaben sowie Überwachungs- und Kontrollrechte nützen im Bereich des Sozialschutzes wenig.

5. Welche Beziehung kann zwischen der Koordinierung der Wirtschaftspolitiken und der Koordinierung der Sozialpolitiken hergestellt werden?

Es besteht keine Notwendigkeit, auf EU-Ebene eine Super-Koordinierung zwischen der Koordinierung der Wirtschaftspolitiken und der Koordinierung der Sozialpolitiken herzustellen.

Im Gegenteil: Eine Koordinierung der Sozialpolitik dürfte wenig Sinn machen, da dieser Politikbereich vor allem die traditionelle Vielfalt der sozialen Sicherungssysteme und die unterschiedlichen Bedingungen in den Mitgliedstaaten widerspiegelt. Sozialpolitik muss sich an der jeweiligen nationalen Volkswirtschaft orientieren. Sozialpolitik ist in der Wirtschafts- und Währungsunion einer der wenigen verbliebenen Politikbereiche, in denen die unterschiedliche wirtschaftliche Leistungskraft der Mitgliedstaaten ausgeglichen werden kann. EU-Vorgaben würden zudem in die Eigenverantwortlichkeit der Mitgliedstaaten zur Finanzierung ihrer Sozialstandards eingreifen.

7. Titel VI des Vorentwurfs des Verfassungsvertrags betrifft das demokratische Leben der Union. Sollte die Rolle der Sozialpartner in diesem Titel VI erwähnt werden, und

wenn ja, welche?

Die Sozialpartner können an Entscheidungsprozessen beteiligt werden, soweit die zu beurteilende Materie von den EU-Zuständigkeiten umfasst wird. Der für ihre Mitwirkung vorgesehene soziale Dialog auf Gemeinschaftsebene (Art. 138, 139 EG) trägt ihrer Bedeutung aber bereits hinreichend Rechnung. Eine weitergehende Verankerung der Sozialpartner im Titel VI des Verfassungsvertrags-Vorentwurfs ist daher nicht erforderlich.